



**dbb**  
beamtenbund  
und **tarifunion**

dbb Jahrestagung 2018

*„Deutschland hat gewählt – was nun?“*

Ulrich Silberbach

Bundsvorsitzender dbb beamtenbund und tarifunion

Köln, 8. Januar 2018

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

für unsere Jahrestagung 2018 haben wir ein sehr offenes Motto formuliert:  
„Deutschland hat gewählt – was nun?“

Uns geht es um eine Standortbestimmung nach der Wahl. Um die Frage, wohin sich das Land entwickelt. Aber, Deutschland nach der Wahl – das ist inzwischen ein sehr dehnbarer Zeitbegriff. Auch Anfang 2018 befinden wir uns noch nach der Wahl, und nicht wirklich in einer neuen Legislaturperiode.

Fast vier Monate nach der Wahl zeichnet sich noch keine neue Regierungsbildung ab. Das nehmen die meisten von uns mit einer Mischung aus Staunen und etwas Unverständnis zur Kenntnis: Ist es so schwer, eine Regierung zu bilden? Ist es so schwer, für dieses erfolgreiche Land, für die engagierten Bürgerinnen und Bürger eine stabile Führung zu installieren?

Offenbar. Für uns vom dbb, für die Menschen im Öffentlichen Dienst, ist es allerdings kein Grund, in Unruhe zu geraten. Wir halten es da mit Francis Fukuyama, dem amerikanischen Politikwissenschaftler. Fukuyama hat einmal gesagt:

„Funktionierende Bürokratien sind für Gesellschaften wichtiger als Häufigkeit und Ergebnisse von Wahlen.“

Für mich heißt das: Regierungen wechseln, die eine geht, die neue kommt, oder sie kommt deutlich verspätet – aber das ist nicht das Entscheidende. Wichtig ist: Der Öffentliche Dienst steht. Er ist die unverrückbare und vor allem die verlässliche Konstante eines Staates.

Der Öffentliche Dienst ist eben keine Zierde des Staates. Er ist das ordnende Prinzip, verlässlich, korrekt und engagiert. Im Öffentlichen Dienst da hört das Ungefähre auf – und da beginnt das Konkrete. Wir können uns kein Abwägen, kein Lavieren, keine Graubereiche leisten. – wir stehen für Ernsthaftigkeit und Genauigkeit.

Allein dafür gebührt den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst hoher Respekt. Und eben weil die Kolleginnen und Kollegen eine so elementare Funktion im Staat ausüben, werden wir vom dbb auch vehement allen Versuchen entgegenwirken, wenn der Attraktivität des öffentlichen Dienstes – wenn vor allem den Grundlagen des Berufsbeamtentums - weiter zugesetzt werden soll.

Und wann ist eine bessere Zeit, nachdrücklich darauf hinzuweisen, wie wichtig das Beamtentum ist – als nach einer Wahl und zu Beginn einer neuen Regierungsbildung? Herzlich Willkommen zu unserer Jahrestagung! Herzlich Willkommen hier in Köln, dieser Stadt, der ich im besonderen Maße verbunden bin, was man mir unter Umständen ja auch anhört.

Ich freue mich sehr, Sie alle heute hier zu sehen. Und ich freue mich sehr, dass Sie gemeinsam mit dem dbb beamtenbund und tarifunion in das neue Jahr starten!

Für uns ist 2018 ein ganz besonderes Jahr: Der dbb wird 100 Jahre alt. Wir werden dieses Jubiläum ausführlich würdigen und unsere Geschichte reflektieren – die dunklen, wie die hellen Epochen – und wir werden ausführlich Geburtstag feiern...

Heute freue ich mich aber erstmal auf unsere Gäste und Referenten! Die mit uns gemeinsam ausloten werden, wie der moderne Staat sinnvoll, smart und digital gestaltet werden kann.

Sehr geehrte Damen und Herren, eine funktionierende Bürokratie sei wichtiger als Ergebnisse von Wahlen. Das hat Fukuyama gesagt. Und ich wäre nicht an dieser Stelle, wenn ich nicht sagen würde: Da hat er nicht ganz Unrecht. Die entscheidende Frage ist aber: Was muss geschehen, damit die Bürokratie funktioniert, damit der öffentliche Dienst dauerhaft und auch in Zukunft funktioniert?

Aus unserer Sicht ist es ganz klar: Wir brauchen die nötige Unterstützung aus der Politik. Wir brauchen verlässliche Rahmenbedingungen.

Uns ist aber auch bewusst: Auch wir sind gefordert, den Wandel einzuleiten. Auch wir sind gefordert, bei drängenden Herausforderungen wie beispielsweise der

Digitalisierung unseren Beitrag zu leisten. Wir verstehen uns ja nicht als ausführende Organe, als Elemente eines Obrigkeitsstaats, als Vertreter einer alten Zeit, die von Kurt Tucholsky mit folgenden Worten so schön beschrieben wurde: „Deutschlands Schicksal: Vor dem Schalter zu stehen. Deutschlands Ideal: Hinter dem Schalter zu sitzen.“

Von diesem vermeintlichen „Ideal-Bild“ haben wir uns längst verabschiedet. Nicht zuletzt auch deshalb, weil der klassische Schalter sich mehr und mehr zu einer Online-Plattform entwickeln wird. Wobei, ganz offen gesagt, gerade dieses neue „Ideal“-Bild das Ideal-Bild von der elektronischen Verwaltung noch keine klaren Konturen aufweist, es noch immer etwas unscharf ist.

Es sind sich zwar alle einig, dass die Bürger rund um die Uhr vor den virtuellen Schalter treten können, dass Daten in die Cloud gepackt und Anträge online geschaltet werden – aber – wie so oft: Es hapert an der Umsetzung.

Wir haben viele große Worte gehört. Und auch viele großartige Bekenntnisse zur digitalen Verwaltung, und wie sinnvoll E-Government ist, wie E-Government die tägliche Arbeit effizienter macht und dass Bürger, auch in entlegenen Gegenden davon massiv profitieren werden. Doch wie bei der gegenwärtigen Koalitionsbildung, betrachten wir auch das mit wachsendem Unverständnis und fragen uns: Wann ist das soweit mit E-Government? Wann genau klappt das?

Zum Beispiel das mit dem Breitbandausbau, damit eben alle Bürger, und wirklich alle Bürger die Dienste in Anspruch nehmen können – auch diejenigen, die in einem Dorf in Mecklenburg-Vorpommern oder in einem entlegenen Ort im Schwarzwald leben.

Gerade beim Breitbandausbau „klafft leider eine riesige Lücke zwischen politischem Willen und den Bedürfnissen der Wirtschaft“, hatte unlängst der Bundesverband der Digitalen Wirtschaft kritisiert. Selbst unsere Bundeskanzlerin hat „Deutschland als digitales Entwicklungsland“ bewertet und jüngst in ihrer Neujahrsansprache den Staat zum digitalen Vorreiter erklärt. Da sind uns andere Länder weit voraus.

Estland beispielsweise hat den Zugang zum Internet inzwischen zum Grundrecht erklärt. Das Land bietet seinen Bürgern und Unternehmen eine beispiellose Bandbreite

an Leistungen der öffentlichen Hand in digitaler Form. Bürger können staatliche Fördergelder mühelos online beantragen. Innerhalb von wenigen Minuten kann man am heimischen PC eine Firma gründen. Und vor allem liegt die Netzabdeckung bei nahezu 100 Prozent. Jeder, der will hat Zugang zum Netz.

Ja, es ist ein kleines Land. Ja, es ist nicht vergleichbar. Aber, ja, es zeigt auch, dass es möglich ist. Für uns ist das schwer nachvollziehbar, warum ein Hochtechnologiestandort wie Deutschland - wir schicken Raumsonden durch fremde Galaxien - bei der Digitalisierung Ländern wie eben Estland oder auch den skandinavischen Ländern um teilweise zehn Jahre hinterherhinkt.

Es scheint manchmal, als ob wir in Deutschland im Zeitalter der digitalen Kleinstaaterei festhängen. Ja, es gibt vielversprechende regionale IT-Initiativen aber es gibt eben keinen verbindlichen nationalen Masterplan zum Thema. Rund herum ändert sich die Welt. Und sie wartet nicht auf Deutschland.

Die Digitalisierung hat unser Leben und Arbeiten längst umgekrempelt, das merkt jeder von uns im Alltag, im Beruf, im Privaten. Und sie wird auch die Öffentliche Verwaltung komplett umkrempeln. Die Digitalisierung geht nicht „vorbei“. Vorbeigehen wird höchstens der Gedanke, dass sie vorbeigeht.

Unsere Aufgabe ist es, der Sorge entgegenzutreten, in dieser digitalen Welt abgehängt zu werden. Und vor allem zu zeigen, wie sehr auch der Öffentliche Dienst vom digitalen Wandel profitieren kann. Und wie sehr gerade unsere Kompetenzen dabei gefragt sind.

Die Studie: „The Future of Jobs“, des World Economic Forums geht davon aus, dass 65 Prozent der heutigen Grundschulkinder in Berufen arbeiten werden, die wir heute noch gar nicht kennen. Das ist keine Utopie. Wer kannte vor wenigen Jahren einen Beruf wie Data Scientist oder einen Begriff wie „Cloud-Working“? Das sind heute absolut gängige Bezeichnungen – die im Übrigen auch unsere zukünftigen Tätigkeiten recht gut beschreiben. Denn die öffentliche Verwaltung beruht auf Daten. Auf sensiblen, persönlichen und schützenswerten Daten. Da kann es nur in unserem Interesse sein, den digitalen Wandel sicher und kreativ mitzugestalten. Und uns selbst, und auch den Bürger mitzunehmen.

Die Digitalisierung bietet zudem die Chance, Wissen zu vernetzen, innerhalb von Behörden, über Behördengrenzen, ja auch über Landesgrenzen hinweg. In der Vernetzung von Wissen und Daten, und in einem Mehr an Service und Beratung stecken für uns die Chancen – wenn wir beim digitalen Wandel nicht nur einen technologischen Ansatz, sondern einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen.

Und für eine wirklich sichere, ganzheitliche digitale Strategie muss es ein Zusammenspiel von Bund, Ländern und Gemeinden geben. Hier können wir uns auf keinen Fall einen Flickenteppich leisten. Das widerspricht auch absolut dem Gedanken der Vernetzung. Der virtuelle Datenfluss macht ja nicht Halt vor Zuständigkeiten.

Auch deshalb unterstützt der dbb den Modernisierungs- und Digitalisierungsprozess und fordert von der Politik einen Pakt für Digitalisierung. Wir haben ein großes Interesse daran, den modernen Staat mitzugestalten. Von unserer Seite ist die Motivation groß, einen Beitrag zu leisten, für mehr Effizienz in Behörden. Das haben wir in den vergangenen Jahren oft genug bewiesen.

Wir sehen aber auch etliche offene Fragen, die es gilt, endlich anzugehen. Denn die Skepsis ist da. Mit dem Versprechen der Digitalisierung geht immer auch die Furcht vor dem Stellenabbau einher. Vor allem, weil die vermeintliche Gewissheit, dass sich der Arbeitsaufwand verringern würde, gerne vom Dienstherr erzählt wird.

Aus unserer Erfahrung können wir sagen: Das ist mitnichten der Fall. Obwohl der Digitalisierungsprozess seit einiger Zeit in vollem Gange ist, nimmt nicht das ab, was gerne als Aufgabenverdichtung bezeichnet wird – was aber schlichtweg mehr Arbeit bedeutet. Der dbb fordert daher eine aufgabengerechte Personalausstattung, vor allem auch in der kritischen Umstellungsphase.

Wer die elektronische Akte will, dem muss klar sein: Das geht nicht von heute auf morgen. Und vor allem muss auch der personelle, der technische, der organisatorische und ja, auch der finanzielle Aufwand in der Planung berücksichtigt werden.

„Digitalisiert mal schön!“ – das wird nicht reichen! Wer sich mit der Umsetzung von E-Government schmücken will, sollte auch Sorge dafür tragen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechend geschult und vorbereitet werden.

Auch da gibt die Öffentliche Hand kein gutes Bild ab. Während bei uns für Qualifizierungsmaßnahmen zurzeit ein bis drei Prozent des Personalbudgets investiert werden, ist es in der Privatwirtschaft das Drei- bis Vierfache. Insgesamt rechnen wir vom dbb mit einem mittelfristigen Investitionsbedarf für Hardware, Software und Qualifizierung im zweistelligen Milliardenbereich.

Wobei wir die Lösung nicht darin sehen, einfach neue Technologien und Prozesse überzustülpen. Damit der digitale Wandel nachhaltig und ganzheitlich gelingt, ist es aus unsere Sicht zwingend, dass die Beschäftigten mit ihrer Praxiserfahrung eingebunden werden. Sie sind die Experten. Sie wissen wie es geht – und sie wissen eben auch, was nicht geht. Bewahren sie uns vor Unternehmensberatungen, die Unsummen an Honoraren abrechnen aber oftmals nur verbrannte Erde hinterlassen.

Wir wissen auch, dass E-Government uns Beschäftigten im Öffentlichen Dienst die Möglichkeit bietet, mehr Berater zu sein, mehr Unterstützer, mehr Dienstleister zu sein – und uns damit die Chance bietet, den modernen Staat von morgen mitzugestalten. Wie wir das in der Geschichte der Bundesrepublik schon immer getan haben. Ob Deutsche Einheit, Finanz- und Wirtschaftskrise, Migration oder immer wieder bei Fragen der Inneren Sicherheit – jede dieser Herausforderungen konnte in Deutschland behutsam, mit Geduld, mit Augenmaß und mit Menschlichkeit gemeistert werden.

Deutschland ist in den vergangenen Jahrzehnten gerade auch wegen seines unabhängigen öffentlichen Diensts oft besser durch die raue See gekommen als andere Staaten. Und die See ist wieder sehr rau. Das oft strapazierte Wort, die Welt sei „aus den Fugen“, kann ich zwar nicht ganz teilen. Aber wir müssen sehr achtsam sein – und bei aller Euphorie über smarte Technologien und E-Government-Lösungen – nicht aus dem Blick verlieren, wie schnell die Stabilität auch in Deutschland ins Wanken geraten kann.

Ein entscheidender Grundwert war in Deutschland immer, dass „alles seine Ordnung hat“. Das mag etwas aus der Zeit gefallen klingen. Aber ich halte das für eine elementare Errungenschaft eines Staates: Sicherheit und Ordnung!

Einer Sicherheit, die den Menschen die Gewissheit gibt, dass der Staat die Kontrolle hat und behält und insbesondere seine Sicherheitskräfte mit der notwendigen personellen und materiellen Ausstattung versieht. Einer Ordnung, an der sich Bürger orientieren können, und die vor allem für alle Bürger gleich ist.

Sicherheit und Ordnung dürfen eben keine dehnbaren Begriffe sein. Wenn wir ein Staat werden, der sich von den Bürgern abwendet, werden sich auch die Bürger vom Staat abwenden.

Wir brauchen daher ganz dringend einen gesellschaftlichen Konsens zu der Frage, was denn unsere Grundwerte sind, was unser Land zusammenhält – und was unser Land in Zukunft zusammenhalten soll. Und vor allem, wie wir mit Angriffen auf diese Grundwerte umgehen.

Sicher ist, dass unter dem Dach des dbb kein Platz für eine Politik ist, die Menschen ausgrenzt, demokratische Prinzipien verletzt, historische Wahrheiten leugnet und zumindest fragwürdige Vorstellungen von europäischer Politik hat.

Wir wollen eine offene Gesellschaft sein und bleiben. Doch schöne Worte allein helfen nicht. Auch nicht der Glaube, das regle sich schon irgendwie.

Wenn wir seit mehreren Jahrzehnten eine Willkommenskultur leben, ist es unsere Pflicht, auch eine ernstgemeinte Integrationspolitik betreiben. Sprache, Bildung, Arbeit sowie Miteinander und Anerkennung sind die Grundpfeiler für eine erfolgreiche Integration. Integrieren wollen wir nicht nur diejenigen, die zu uns kommen. Wir müssen auch aufpassen, andere nicht zu verlieren. Junge Menschen ohne Perspektive, junge überforderte Familien. Da müssen wir sehr wachsam sein.

Wenn wir größere Teile der jungen Generation verlieren, werden sie nicht selten von jenen aufgefangen, die sich am Rand der Gesellschaft – politisch wie auch sozial –



ausleben. Denn: Der Riss in unserer Gesellschaft ist nicht durch Überfremdung, sondern durch rasant wachsende soziale Unterschiede entstanden.

Genau da ist ein moderner Staat gefordert. Genau da kommt es auf einen verlässlichen Öffentlichen Dienst an. Wir sind die Stützen – um aber funktionsfähig zu bleiben, müssen die Bedingungen für Beamte und Angestellte stimmen. Nicht nur was eine angemessene Bezahlung, was eine zukunftsfeste Alterssicherung, was Aufstiegsmöglichkeiten, was Gesundheitsvorsorge, was befristete Arbeitsverhältnisse und Nachwuchsförderung betrifft – sondern vor allem auch, muss geklärt sein, wie wir alle gemeinsam diesen modernen Staat organisieren wollen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Megathema Digitalisierung hat ja massive Auswirkung auf die Art wie und vor allem auch wo wir arbeiten, – und da sehe ich uns alle in der Pflicht, angemessene Bedingungen zu schaffen.

Wenn Akten in der Cloud lagern, wenn Arbeit überall verfügbar ist, dann sind es am Ende auch die Beschäftigten. Das bietet viele Freiheiten, keine Frage. Es macht Arbeit auch familienfreundlicher. Es birgt aber auch die Gefahr der Entgrenzung, der mangelnden Trennung von Arbeit und Privatleben. Hier sind Personal- und Betriebsräte in besonderer Weise gefordert. Sie müssen für ihren Bereich adäquate Spielregeln vereinbaren.

Auch hier kann von einem neuen Regierungsbündnis das Signal zum Aufbruch ausgehen – etwa durch die grundlegende Modernisierung der Mitbestimmung im Öffentlichen Dienst.

Was wir aber, sehr geehrte Damen und Herren,

bei aller Euphorie über die Chancen der Erneuerung nicht außer Acht lassen sollten: Es kommt im Öffentlichen Dienst auf den Menschen an. Wir leisten Dienst am Menschen. Wir dienen nicht dem Staat. Wir dienen den Menschen. Und wir selbst haben auch ein Anrecht darauf, dass unsere Aufgaben und unsere Arbeit, honoriert, wertgeschätzt und respektiert werden.

Wir stehen aktiv zum Berufsbeamtentum. Wir tun das nicht aus Tradition. Vielmehr müssen auf die unterschiedlichen Aufgaben des Staates differenzierte personelle Antworten gegeben werden, digitaler Wandel hin, digitaler Wandel her.

Wir sind bereit, neue Wege einzuschlagen. Dafür erwarten wir aber im Gegenzug, dass Versorgungsrücklagen nicht verfrühstückt werden. Und dass wir nicht mit einem Einheitsdienstrecht, einer Einheitsgewerkschaft oder gar einer Einheitsversicherung konfrontiert werden.

Staatsdiener sind kein Relikt aus dem vorigen Jahrhundert. Das Berufsbeamtentum ist eine Institution, die, gegründet auf Sachwissen, fachliche Leistung und loyale Pflichterfüllung, eine stabile Verwaltung sichern soll und damit einen ausgleichenden Faktor gegenüber den das Staatsleben gestaltenden politischen Kräften darstellen soll. So sieht es das Grundgesetz vor. So hat es das Bundesverfassungsgericht bestätigt

In gewisser Weise bestätigt das auch, was Fukuyama meint: Entscheidend sind nicht Wahlergebnisse, entscheidend ist der funktionierende öffentliche Dienst. Neutral, kompetent und unbestechlich auf Basis von Rechtsstaatlichkeit.

In den nächsten Tagen will das Bundesverfassungsgericht klären, ob das Streikverbot – im Allgemeinen und speziell mit dem Blick auf die Lehrer – verfassungsgemäß ist und mit europäischem Recht in Einklang steht.

In dieser Frage sind wir eindeutig konservativ. Erstens: Das Berufsbeamtentum muss als Instrument den Aufgaben gerecht werden, für die es eingerichtet wurde. Zweitens: Rechte und Pflichten sind miteinander zwingend verbunden. Die Garantie, dass der Staat, dort wo Beamte eingesetzt werden, verlässlich funktioniert, ist zentraler Teil des „Geschäftsmodells“.

Das in Frage zu stellen, wird für großes Unverständnis sorgen. Wie soll das auch gehen? Lebenszeitprinzip und Alimentationsrecht auf der einen Seite, Streikrecht auf der anderen Seite? Das ist aus Sicht des dbb nicht vermittelbar: Ein zweigeteiltes

Beamtenverhältnis mit den Möglichkeiten eines Arbeitnehmers und der Absicherung eines Beamten?

Nein. Ganz klar: Nein!

Das steht im Widerspruch zu unserer Auffassung des Beamtentums. So ein „Beamtenrecht Light“ kann und darf es aus unserer Sicht nicht geben. Nicht zuletzt ist ja gerade die Verbeamtung im Lehrerbereich das schlagendste Argument für junge Lehrerinnen und Lehrer. Und seit längerem herrscht ja ein heftiger Wettbewerb unter den Bundesländern, um den Lehrernachwuchs.

Ohnehin ist das Schulwesen, ist Schulbildung der wichtigste Faktor für die viel beschworene Chancengleichheit und auch für Sicherung des Sozialstaatsgebotes. Der Staat muss garantieren, dass Unterricht verlässlich stattfindet. Die Schule muss funktionieren. Das gehört zu den elementaren Aufgaben eines Staates. Ganz gleich, wer gerade eine Wahl gewonnen hat, wer gerade sondiert, koalitiert oder denkt, lieber nicht als falsch zu regieren.

Sehr geehrte Damen und Herren,

für einen richtigen Aufbruch in der neuen Legislaturperiode gebe es aus Sicht des dbb noch weit mehr zu tun: Wichtig wäre, den desaströsen Besoldungswettbewerb unter den Ländern einzudämmen und zwar – damit wir uns hier nicht falsch verstehen – nicht auf Berliner, sondern auf bayerischem Niveau. Einkommensunterschiede von bis zu 20 Prozent bei vergleichbaren Ämtern sind nicht akzeptabel.

Und es kann und darf auch nicht sein, dass Länder – ich verweise auf verschiedene Entscheidungen der Verfassungsgerichte – immer wieder versuchen, die Grenzen der Alimentation nach unten auszutesten. Wertschätzung sieht anders aus.

Und genau deshalb sehen wir in unserer Leitfrage: Was nun? – auch den Auftakt zum Dialog, den Auftakt, um in wichtigen Punkten nachzubessern. Grundsätzlich dürfen wir es nicht zulassen und mittragen, dass die Besoldungsbedingungen sich zu Lasten

unserer Beamtinnen und Beamten auf vielen staatlichen Ebenen deutlich auseinanderentwickeln.

Deshalb werde ich – im Hinblick auf die nächsten Einkommensrunden – für den gesamten dbb bei der Gestaltung der Besoldungsregelungen Grundeinheitlichkeit und Mindeststandards bei Gesetzen und Verordnungen flächendeckend einheitlich verlangen!

Genau wie die Tarifbeschäftigten benötigen auch die Beamten Besoldungssteigerungen, die einen tatsächlichen Zuwachs, nicht aber Realverluste bedeuten.

Alle Beamten in Bund, Ländern und Gemeinden müssen zukünftig an der finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklung in Form von vergleichbaren Besoldungs- und Versorgungsanpassungen teilhaben.

Die Betonung liegt auf „alle“.

Ich sage ganz klar: Wer Besoldungsanpassungen verzögert oder bestimmter Besoldungsgruppen ganz oder weitgehend ausschließt, handelt teilweise verfassungswidrig. Jede strukturelle Verbesserung für den Tarifbereich muss sich in der Besoldung des Bundes und der Länder wirkungsgleich und systemgerecht abbilden.

Abgesehen davon, ist es Zeit, die Besoldung strukturell weiter zu entwickeln und attraktiv, leistungsgerecht und motivationssteigernd auszubauen. Und das vor allem auch aus einem Grund: Wir brauchen Nachwuchs!

Um gut ausgebildete und hoch motivierte Nachwuchskräfte für den Öffentlichen Dienst zu begeistern, müssen wir in erster Linie eine stabile Einkommensperspektive bieten. Und, wir müssen uns mit Nachdruck von unsinnigen Experimenten verabschieden.

Deshalb habe ich mich Ende 2017 eindeutig gegen die so genannte Bürgerversicherung, die in Wahrheit eher eine Einheitsversicherung ist, ausgesprochen. Die Einheitsversicherung ist ein zentrales Anliegen der SPD, das sie gerne in einen möglichen

Koalitionsvertrag einbringen würde. Genau diese Idee, also PKV und GKV in einen Topf zu werfen, habe ich kritisiert.

Auf Spiegel-Online wurde das als „schrille Warnung“ abgetan. Und das nur, weil ich, durch die Einführung der Einheitsversicherung „die Funktionsfähigkeit unseres Staatswesens“ gefährdet sah. Weil die Pläne der Sozialdemokraten vielleicht „sozial gerecht“ klingen, sie aber in der Praxis nichts taugen – wie das die rein staatlichen Einheitssysteme in anderen Ländern zeigen. In der Umsetzung einer Einheitsversicherung drohen uns, und da bin ich mir ganz sicher, Versorgungsengpässe und lange Wartelisten.

Selbst die Zeitung „Die Welt“, auch nicht gerade eine schrille Publikation, meinte zu den Plänen der SPD: Zitat: „Eine Bürgerversicherung (...) würde die in Zeiten des demografischen Wandels ohnehin gravierende Finanzierungsprobleme im Gesundheitswesen zusätzlich verschärfen.“

Wir sagen daher ganz klar: Wer das bewährte System aus privater Krankenversicherung und Beihilfe nachhaltig verschlechtern oder gar gänzlich auflösen will, überschreitet aus unserer Sicht rote Linien. Wir werden deshalb als Bundesleitung jedem Versuch entgegentreten, Versorgung und Rente, Beihilfe, PKV und gesetzliche Krankenversicherung in einem Topf zu vermengen.

Unseriöse Zahlenspiele wie die einer 2017 veröffentlichten Studie der Bertelsmann Stiftung sind da wenig hilfreich. Die Stiftung hatte von 60 Milliarden Euro Einspareffekte bis zum Jahr 2030 fabuliert. Was sich kaum belegen lässt, was lediglich Polemik ist, und für Stimmung am Stammtisch sorgt. Denn: Verschleiert wird dabei immer der Beutezug auf die verlockenden 230 Milliarden Euro Alterungsrückstellungen der PKV. Sagen wir es so: Wenn für die Begriffe „Fake-News“ und „Postfaktisch“ nach einem Beispiel gesucht wird, kann man diese Studie getrost anführen.

Und wenn gerade bei glorreichen Ideen sind, die sich in der Praxis als unzulänglich erweisen, dann wind wir schnell beim: Tarifeinheitsgesetz. Der dbb hat das Tarifeinheitsgesetz in den zurückliegenden Jahren mit aller Macht bekämpft. Für uns ist

das ein Angriff auf den Kern dessen, was gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit ausmacht.

Der, ich sage mal, Vorteil: Das Gesetz lässt sich kaum anwenden. Das hat der Praxistest ergeben. Und in unseren Bereichen spielt es eine untergeordnete Rolle. Und das ist gut so. Aber darauf wollen und werden wir uns nicht verlassen. Deshalb haben wir am 18. Dezember in Straßburg vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Klage eingereicht.

Und auch gegenüber den Abgeordneten des Deutschen Bundestags wollen wir in den kommenden Monaten an deren Vernunft appellieren. Zumal das Bundesverfassungsgericht das Tarifeinheitsgesetz in Teilen für nicht verfassungsgemäß erachtet und Nachbesserungen bis Ende des Jahres angemahnt hat.

Genau da werden wir einhaken und Regierung und Parlament von der Unsinnigkeit des Tarifeinheitsgesetzes überzeugen. Ich sage ganz klar: Die beste Korrektur des Tarifeinheitsgesetzes wäre seine ersatzlose Abschaffung. Dafür werden wir kämpfen!

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie erhalten und modernisieren wir einen funktionierenden Öffentlichen Dienst? Diese Fragen stellt sich die Politik? Diese Frage stellen die Beschäftigten? Und vor allem stellt diese Frage der Bürger?

Und jetzt komme ich zu einem ganz entscheidenden Punkt! Aus Sicht des Bürgers herrscht längst dringenden Handlungsbedarf. Keiner will monatelang auf einen Termin im Bürgeramt warten, wie das beispielsweise in Berlin leider üblich ist. Keiner will auf Hochzeits-Termine und Geburtsurkunden warten. Und es fällt in der Tat schwer, einen Staat als funktionierend zu bezeichnen, in dem Bürgeramtstermine meistbietend versteigert werden und Ehen nicht geschlossen werden können, weil das Standesamt aus allen Nähten platzt.

Und das ist ja längst nicht alles. Es bleiben ja auch dringend notwendige Investitionen auf der Strecke, weil die Genehmigungsbehörden und Fachämter schlicht in Arbeit ersticken und nicht nachkommen.

Völlig inakzeptabel ist die Situation der Justiz! Nicht erst die Mehrfachausbrüche aus der JVA Plötzensee zeigen die Dramatik. Es darf nicht sein, dass Verfahren eingestellt werden – weil das Personal fehlt. Das ist ein Unding. Es kann auch nicht sein, dass Anklagen nicht im Rahmen der gesetzlichen Fristen erhoben werden, dass ausreisepflichtige Personen dieses Land nicht verlassen, weil die Ausreisepflicht nicht durchgesetzt wird, und dass Kriminalität im ländlichen Raum nicht eingedämmt werden kann, weil die Polizei zu lange Wege hat.

Das ist genau der Punkt, an dem von einem funktionierenden Staat nicht mehr die Rede sein kann. Wenn Schutz und Sicherheit der Bürger nicht mehr gewährleistet ist, ist Gefahr in Verzug.

Aber das ist eben das Ergebnis: Wenn über Jahre hinweg pauschal und ohne Blick auf die Aufgabenlage Personal abgebaut wurde. Wenn die Devise galt: Einstellungsstopps, geringere Ausbildungszahlen, teilweise Verweigerung der Übernahme von Ausgebildeten, Wiederbesetzungssperren und auch Beförderungsstopps.

Dieser „bunte Strauß an Kurzsichtigkeiten“ macht die öffentliche Verwaltung als Arbeitgeber nicht unbedingt attraktiver. Deshalb sollte hier endlich gegengesteuert werden.

Vor allem aber lässt sich eine Entwicklung nicht mehr übertünchen: Uns droht die Überalterung. Dies gilt erst recht, wenn in den nächsten zehn Jahren rund 30 Prozent der Beschäftigten in den Ruhestand gehen.

Wenn der Staat aber handlungsfähig bleiben will, wenn er funktionieren soll, muss ihm qualifizierter Nachwuchs etwas wert sein. Deshalb müssen wir alle vielfältiger für den öffentlichen Dienst und seine Karrieremöglichkeiten werben und den Demografiedialog unbedingt fortsetzen.

Aber Werbung ist das eine, viel wichtiger ist: Die Konditionen müssen stimmen. Und zu den Konditionen gehört Gerechtigkeit! Gerechte Bezahlung, gerechte Arbeitszeiten.

Seit 2004 wurde die Arbeitszeit für Bundesbeamte von 38,5 auf 41 Wochenstunden angehoben. Einseitig und ohne Ausgleich! Dabei ging und geht es nicht um sachliche Gründe – es sei denn, man akzeptiert einseitiges Sparen zu Lasten einer Gruppe als Sachgrund. Wir tun das jedenfalls nicht!

Genauso wenig wie wir es einen guten Weg finden, die derzeitige Befristungspraxis beizubehalten. Diese Form von Befristungen ist der beste Weg, Bewerber abzuschrecken. Leider ist es bei uns traurige Realität: Junge Menschen werden immer noch häufig mit befristeten Verträgen abgespeist. 60 Prozent der Einstellungen im öffentlichen Dienst waren im ersten Halbjahr 2014 befristet. In der Privatwirtschaft waren es 40 Prozent.

Hinzu kommt eine deutlich niedrigere Übernahmequote im Öffentlichen Dienst – und dass vor dem Hintergrund einer Überalterung. Wir bieten jungen Bewerbern einen Job, aber befristet, bei kontinuierlicher Mehr-Arbeit, bei stagnierender Bezahlung und kaum Aussicht auf Beförderung. Wer soll das verstehen?

Gerade junge Menschen brauchen und suchen Perspektiven und Planbarkeit. In den großen Städten und Ballungsgebieten wird man kaum eine Wohnung bekommen, wenn man einem Vermieter nur einen befristeten Arbeitsvertrag vorlegt.

Und ein befristeter Vertrag ermutigt auch nicht gerade zu einer Familiengründung, oder anders formuliert: „Befristete Beschäftigungsverhältnisse sind das beste Mittel, um eine positive Bevölkerungsentwicklung zu verhindern.“ Aber genau das wollen wir ja nicht.

Um als Arbeitgeber attraktiv zu bleiben, braucht es daher die Aussicht auf Beförderungen, brauchen wir mehr Wiedereinstiegsprogramme für Frauen nach Familienphasen, brauchen wir mehr Frauen in Führungsämtern sowie zukunftssichere Ausgestaltung der Alterssicherungssysteme.



Gerade in Zeiten des demografischen Wandels werden Alterssicherungssysteme mit zur größten Herausforderung. Und ein Ausweg wird nicht sein, einfach länger zu arbeiten. Wir glauben nicht an die positiven Effekte durch die stufenweise Anhebung der Altersgrenze auf 67 Jahre. Aus unserer Sicht kann das zu einem Problem werden. Bleiben die älteren Bediensteten länger, werden Jüngeren beim Eintritt ins Erwerbsleben Hürden aufgestellt.

Sie sehen: Auf die Frage „Was nun?“ haben wir vom dbb eine Reihe von Antworten und ja, auch Forderungen. Denn, um den funktionierenden Staat am Laufen zu halten – ist es wichtig, den Kolleginnen und Kollegen die volle Konzentration auf ihre Tätigkeiten zu ermöglichen – und das weitgehend ohne störende Begleitgeräusche.

Aber nun bin ich sehr gespannt, wie unsere Gäste, wie die nun folgenden Redner und Referenten die Frage: „Was nun?“ beantworten, und welche Rezepte sie für Deutschland nach der Wahl empfehlen.

Ich wünsche uns allen eine inspirierende Jahrestagung, viele kluge Gedanken, und Einsichten – und alles Gute für 2018!

Vielen Dank!